

**Informationsblatt nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für das
Meldewesen der Stadt Meppen**

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher:

Stadt Meppen
vertreten durch den Bürgermeister
Markt 43
49716 Meppen
Telefon: 05931/153-0
E-Mail: info@meppen.de
URL: www.meppen.de

Datenschutzbeauftragte:

Datenschutzbeauftragte der Stadt Meppen
Markt 43
49716 Meppen
Telefon: 05931/153-142
E-Mail: datenschutz@meppen.de

2. Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Die Stadt Meppen verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der seit 25. Mai 2018 geltenden EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie des derzeit gültigen Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) zu den folgenden Zwecken:

Wahrnehmung der melderechtlichen Aufgaben und Aufbewahrung Ihrer Daten

3. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a, c, e, 9 Abs. 2 lit. g DSGVO und ggf. Ihrer Einwilligung. Weitere Regelungen zum gleichen Sachverhalt finden Sie u. a. in den nachfolgenden Gesetzen/Verordnungen/Vereinbarungen etc.:

- Bundesmeldegesetz (BMG) und die dazugehörigen Verordnungen
- Aufenthaltsverordnung (AufenthV)
- Personalausweisgesetz (PAuswG) und die dazugehörigen Verordnungen
- Passgesetz (PaßG) und die dazugehörigen Verordnungen
- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)
- Einkommenssteuergesetz (EStG)
- Bundeszentralregistergesetz (BZRG)
- Abgabenordnung (AO)
- Personenstandsgesetz (PStG)
- Rundfunkbeitragsstaatsvertrag (RBStV)
- Soldatengesetz (SG)
- Gewerbeordnung (GewO) i. V. m. ZustVO-Wirtschaft
- Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG)
- Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG)
- Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)
- Waffengesetz (WaffG) und die dazugehörigen Verordnungen
- Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (SprengG) und die dazugehörigen Verordnungen

4. Art der personenbezogenen Daten sowie Quelle

Die Stadt Meppen verarbeitet alle personenbezogenen Daten, die im Erhebungsverfahren von Ihnen oder anderen Personen (z. B. anderen Behörden, Kreditinstituten, Sozialversicherungsträgern, sonstigen Personen etc.) mitgeteilt werden. Zudem werden personenbezogene Daten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen (Schulderverzeichnissen, Grundbüchern etc.) zulässigerweise gewonnen oder von anderen Behörden/Institutionen übermittelt werden, verarbeitet.

Datenkategorien personenbezogener Daten können sein:

- Name, Vorname
- Doktorgrad
- Ordensname/Künstlername
- Anschrift
- Geburtsdatum, -land und -ort
- Staatsangehörigkeit
- Familienstand
- Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten)
- Auskunfts- und Übermittlungssperren
- Aufenthaltsfragen
- Wehrerfassung
- Wahlberechtigung
- Waffen-/Sprengstofflaubnis
- Kontaktdaten (E-Mail, Telefonnummer usw.)
- Bankverbindungen
- Persönliche Verhältnisse
- Biometrische Daten (z. B. Lichtbild, Fingerabdrücke)
- Religion und Weltanschauung

Besondere Kategorien personenbezogener Daten erheben wir nur, wenn dies für das Verwaltungsverfahren unabdingbar erforderlich ist.

Darüber hinaus können auch weitere personenbezogenen Daten erfasst werden, sofern diese zur Bearbeitung des jeweiligen Verfahrens erforderlich sind.

5. Weitergabe Ihrer Daten

Zur Erfüllung unserer und der Aufgaben anderer Stellen sind wir teilweise gesetzlich dazu verpflichtet, Ihre Daten weiterzugeben. Die Datenweitergabe ist auch zur Zweckerfüllung erforderlich. **Kategorien von Empfängern Ihrer Daten sind (beispielsweise):**

- Verfahrensbeteiligte
- Bundesdruckerei
- Andere Behörden (z. B. Meldebehörden, Vollstreckungsbehörden, Bundesagentur für Arbeit)
- Sozialversicherungsträger
- Polizei
- Schulen
- Gerichte und Rechtsbeistände
- Kreditinstitute/Banken
- Externe Dienstleister (Abrechnungen, IT-Dienstleistungen etc.)
- Sonstige auskunfts berechtigte Personen oder Institutionen (Parteien, Mandatsträger etc.)

Ihre Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Datenspeicherung

Personenbezogene Daten speichern wir so lange, wie sie für das Verwaltungsverfahren erforderlich sind. Maßstab hierfür können Verjährungsfristen, aber auch Beweissicherungsgründe sowie gesetzliche Aufbewahrungsfristen sein. Eine Löschung erfolgt, wenn die Speicherung der Daten nicht mehr erforderlich ist, frühestens jedoch nach Abschluss des Verfahrens.

7. Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten

Sie sind grundsätzlich verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Pflicht ergibt sich u. a. aus § 17 BMG, weitere Pflichten finden sich in diesem und anderen Fachgesetz(en). Bei Zuwiderhandlung droht im Regelfall die Einleitung eines Bußgeldverfahrens.

8. Verarbeitung zu Zwecken der automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Zur Wahrnehmung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Aufgaben nutzen wir keine Verfahren einer vollautomatisierten Entscheidungsfindung. Es findet kein Profiling statt.

9. Ihre Rechte

Sie haben gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf:

- **Auskunft** über Ihre Daten (Art. 15 DSGVO)
- **Berichtigung** Ihrer Daten (Art. 16 DSGVO) oder **Löschung** Ihrer Daten (Art. 17 DSGVO) oder **Einschränkung der Verarbeitung** Ihrer Daten (Art. 18 DSGVO) oder **Widerspruch gegen die Verarbeitung** Ihrer Daten (Art. 21 DSGVO)
- **Übertragbarkeit** Ihrer Daten (Art. 20 DSGVO)

Die vorstehenden Rechte bestehen **nicht**, sobald ein gesetzlicher Ausschlussgrund dafür vorliegt (z. B. wenn die Löschung gesetzlichen Aufbewahrungsfristen widersprechen würde, die Geltendmachung von Rechtsansprüchen berührt wäre, im Falle von exzessiven Auskunftsanträgen oder bei Vorliegen von anderen zwingenden schutzwürdigen Gründen). Das Recht auf Datenübertragbarkeit besteht bei der Verarbeitung im Rahmen der Ausübung öffentlicher Gewalt nicht.

Falls die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung bei dem Verantwortlichen jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

Jede betroffene Person hat zudem gem. Art. 77 DSGVO das **Recht auf Beschwerde** bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Aufsichtsbehörde für die Stadt Meppen ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 0511 120-4500

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

URL: <https://www.lfd.niedersachsen.de/startseite/>

Stand: März 2019